

1608/J

der Abgeordneten Gabriele Binder, Günter Kiermaier
und Genossen
an den Bundesminister für Umwelt, Jugend und Familie
betreffend Verfahren gemäß § 29 AWG in Kematen an der Ybbs

Das Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie wickelt als Behörde ein Verfahren gemäß § 29 AWG betreffend SMA GesmbH, Ansuchen um Genehmigung einer Aluminium Recycling Kombi-Anlage ab. Da dies ein äußerst aufwendiges Verfahren mit hoher Beteiligung betroffener Bürger ist, stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Umwelt, Jugend und Familie nachstehende

Anfrage:

1. Wann wurde das Projekt bei der zuständigen Behörde eingereicht?
2. Wann hat das Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie das Verfahren begonnen?
3. Welche Unterlagen und Gutachten wurden vom Projektwerber vorgelegt?
4. Welche Unterlagen und Gutachten wurden auf Verlangen der Behörde erstellt und dienen der Behörde als Entscheidungsgrundlage?
5. Wie hoch ist das Investitionsvolumen?
6. Wieviel von diesen geplanten Investitionen kommt der Standortregion zugute?
7. Wie hoch ist das Volumen der Aufträge, das durch die Errichtung dieses Projektes in der Standortregion vergeben wird?
8. Wieviele Arbeitsplätze werden durch dieses Projekt direkt geschaffen?
9. Wieviele Arbeitsplätze werden durch dieses Projekt indirekt in der Region geschaffen?
10. Mit welchen Emissionen in Luft, Wasser oder Boden ist durch dieses Projekt zu rechnen?
11. Welche Auflagen hinsichtlich Emissionsbegrenzung werden dem Projektwerber auferlegt?
12. Welche darüberhinausgehenden Umweltbelastungen können durch das geplante Projekt entstehen?
13. Welche Maßnahmen werden Sie dagegen setzen?
14. Welche sonstigen Belästigungen für die Bevölkerung können durch das geplante Projekt entstehen?

15. Wie werden Sie dem begegnen?
16. Wie wurden die Parteien in das Verfahren einbezogen?
17. Konnten alle interessierten Bürger sich ausreichend über das Projekt und über die Entscheidungsgrundlagen der zuständigen Behörde informieren?
18. Welche Schlüsse ziehen Sie aus der Abwicklung des Genehmigungsverfahrens, insbesondere der öffentlichen mündlichen Verhandlung?
19. Wie werden Sie die Abwicklung der mündlichen Verhandlung anhand dieses Beispiels verbessern?
20. Für welche Abfallarten wird diese Anlage errichtet?
21. Welche Abfallarten werden im Genehmigungsbescheid enthalten sein?
22. Ist geplant, auch Abfälle aus dem Ausland in dieser Anlage zu verarbeiten?
23. Wenn ja, werden Sie eine derartige Genehmigung zur Verarbeitung ausländischer Abfälle erteilen?
24. Wann wird vom Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie der Genehmigungsbescheid ausgefertigt werden?
25. Rechnen Sie mit Einsprüchen gegen diesen Bescheid?
Wenn ja, mit wievielen?
26. Hat Ihnen der Landeshauptmann von Niederösterreich mitgeteilt, daß er gegen die Errichtung dieses Projektes eintritt?
Wenn ja, wann hat er Ihnen dies zum letzten Mal mitgeteilt?
Welche Konsequenz haben Sie daraus gezogen?
Welche Konsequenzen hat Ihnen der Landeshauptmann von Niederösterreich in Aussicht gestellt - falls das Projekt genehmigt wird?